

19/2018 - 29. Januar 2018

Finanzstatistik des Sektors Staat

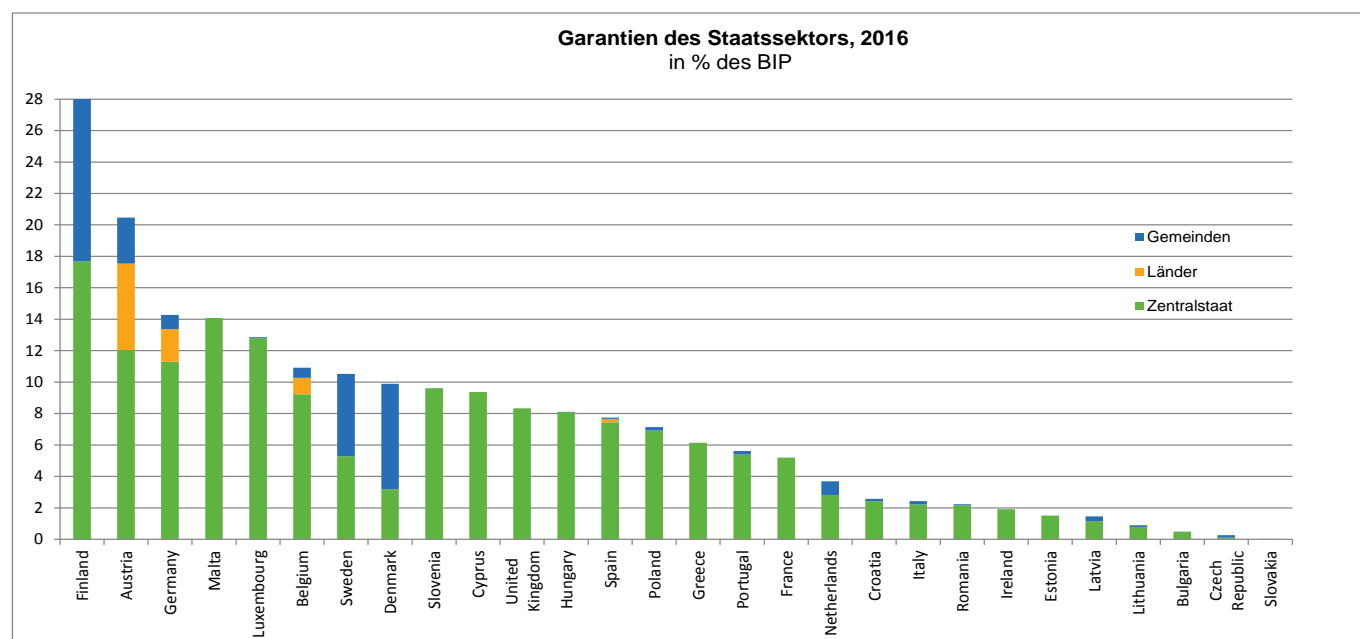
Die Höhe von Eventualverbindlichkeiten und notleidenden Krediten in den EU-Mitgliedstaaten

Heute wurden die Daten zu Eventualverbindlichkeiten und notleidenden Krediten des Staatssektors in der EU für das Jahr 2016 von **Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union**, veröffentlicht.

Diese Veröffentlichung enthält Daten zu Garantien des Staatssektors, Verbindlichkeiten in Bezug auf öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP), die nicht in der Bilanz des Staatssektors enthalten sind, sowie Verbindlichkeiten von Einheiten, die nicht im Sektor Staat klassifiziert sind, aber vom Staatssektor kontrolliert werden (öffentliche Kapitalgesellschaften). Eventualverbindlichkeiten sind lediglich potenzielle Verbindlichkeiten. Unter gewissen Bedingungen können diese Eventualverbindlichkeiten tatsächliche Verbindlichkeiten werden. Ähnlich können notleidende Kredite (Vermögenswerte des Sektors Staat) einen Verlust für den Staat bedeuten, wenn diese Kredite nicht zurückgezahlt werden. Somit stellen diese Daten einen weiteren Schritt hin zu einer größeren Transparenz der öffentlichen Finanzen in der Europäischen Union dar, liefern sie doch ein umfassenderes Bild möglicher Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten.

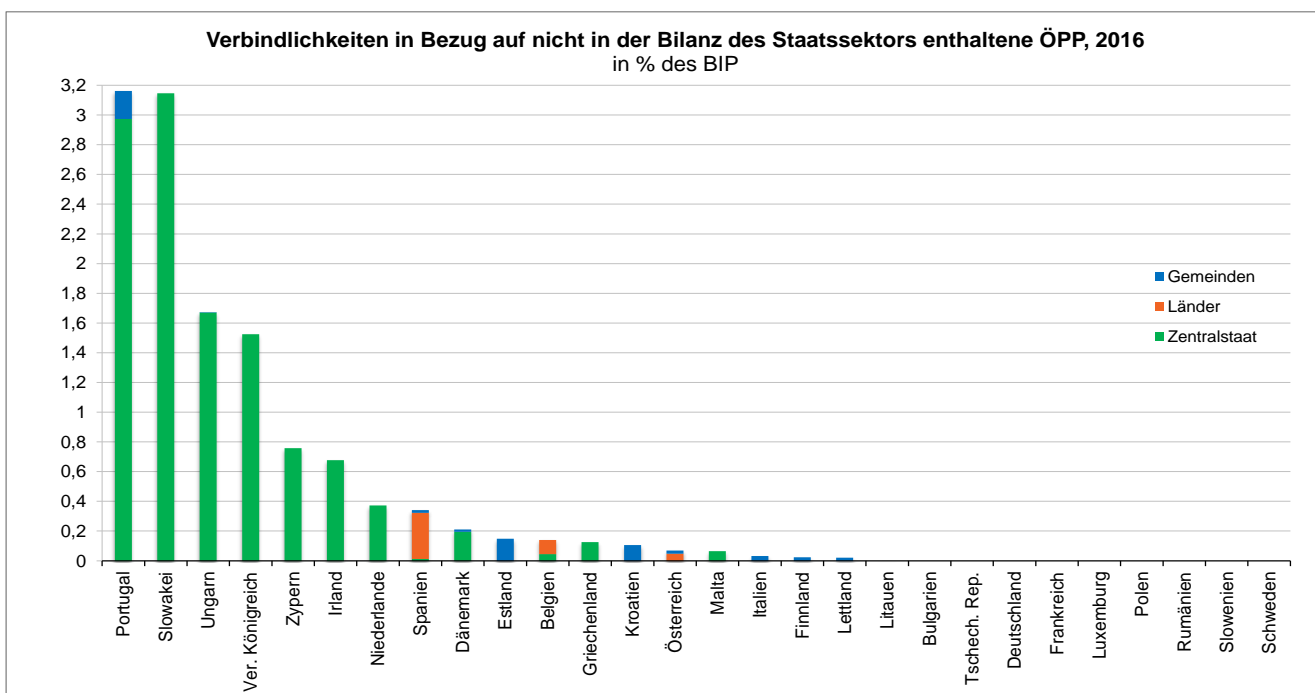
Hohes Maß an Garantien des Staatssektors in Finnland und Österreich

Die häufigste Form von Eventualverbindlichkeiten sind Garantien des Staatssektors auf Verbindlichkeiten und gelegentlich auf Vermögenswerte Dritter. Die höchsten Anteile von Garantien des Staatssektors wurden in **Finnland** (28,0% des BIP) und **Österreich** (20,5%) verzeichnet, gefolgt von **Deutschland** (14,3%). Die niedrigsten Anteile, weniger als 1%, wurden in der **Slowakei** (0,03%), der **Tschechischen Republik** (0,3%), **Bulgarien** (0,5%) und **Litauen** (0,9%) registriert. In allen EU-Mitgliedstaaten ist der Zentralstaat der größte Garantiegeber, obgleich in Dänemark, Finnland und Schweden ein großer Anteil an Garantien dem Teilssektor Gemeinden zugeordnet wird. In mehreren Ländern – Belgien, Frankreich, Ungarn, Irland, Luxemburg, Polen, Portugal und Spanien – bezieht sich ein Großteil der Garantien auf Finanzinstitute; diesen wurden in der Vergangenheit im Kontext der Finanzkrise häufig Garantien vom Staat gewährt.



Portugal und Slowakei mit den größten Eventualverbindlichkeiten in Bezug auf nicht in der Bilanz des Staatssektors enthaltene öffentlich-private Partnerschaften

In allen EU-Mitgliedstaaten lagen Verbindlichkeiten in Bezug auf nicht in der Bilanz des Staatssektors enthaltene öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP), bei denen es sich um langfristige Bauaufträge handelt, wobei die Vermögenswerte nicht in den Staatskonten erfasst werden, unter 4% des BIP. **Portugal** wies mit 3,2% des BIP den höchsten Anteil auf, gefolgt von der **Slowakei** (3,1%), **Ungarn** (1,7%) und dem **Vereinigten Königreich** (1,5%). Im Jahr 2016 meldeten neun Länder keine Verbindlichkeiten in Bezug auf nicht in der Bilanz des Staatssektors enthaltene ÖPP: **Bulgarien**, die **Tschechische Republik**, **Deutschland**, **Frankreich**, **Luxemburg**, **Polen**, **Rumänien**, **Slowenien** und **Schweden**. In vielen EU-Mitgliedstaaten fanden sich die nicht in der Bilanz des Staatssektors enthaltenen ÖPP auf der Ebene des Zentralstaats, während sie in **Österreich**, **Belgien** und **Spanien** vornehmlich auf Länderebene bestanden. In fünf Ländern – **Kroatien**, **Estland**, **Finnland**, **Italien** und **Lettland** – wurden die nicht in der Bilanz des Staatssektors enthaltenen ÖPP ausschließlich auf kommunaler Ebene geführt.

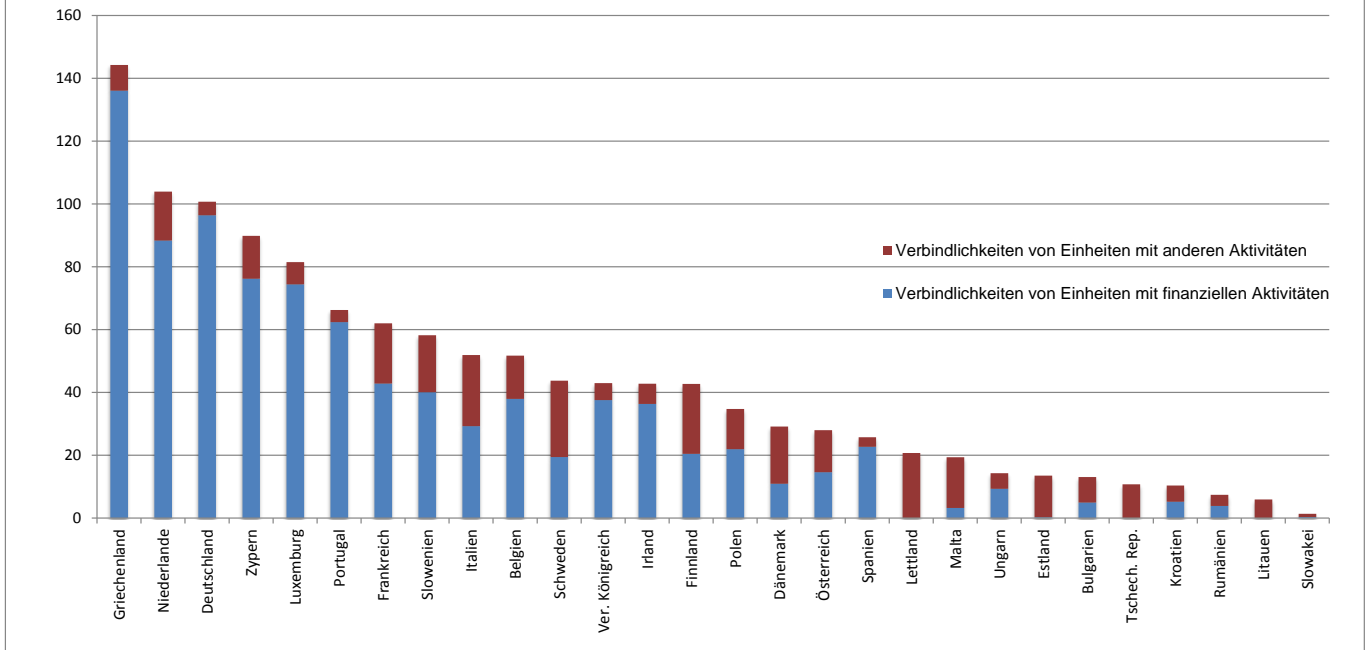


Maß an Verbindlichkeiten von öffentlichen Kapitalgesellschaften, die nicht im Sektor Staat klassifiziert sind, höher in Ländern mit staatlich kontrollierten Finanzinstituten

Beim Umfang der Verbindlichkeiten öffentlich kontrollierter Kapitalgesellschaften, die nicht im Sektor Staat klassifiziert sind, gibt es in den EU-Mitgliedstaaten große Unterschiede. Eine Gruppe von Ländern wies bedeutende Beträge an Verbindlichkeiten auf, dazu gehörten **Griechenland** (144% des BIP), die **Niederlande** (104%), **Deutschland** (101%) sowie **Zypern** (90%) und **Luxemburg** (82%). Dieses hohe Maß erklärt sich dadurch, dass die Daten vom Staat kontrollierte Finanzinstitute, wie etwa öffentliche Banken, einschließen. Die meisten dieser Verbindlichkeiten bestehen aus Einlagen von Haushalten oder anderen privaten oder öffentlichen Einheiten bei diesen öffentlichen Banken. Es sei darauf hingewiesen, dass die Finanzinstitute allgemein hohe Beträge an Verbindlichkeiten melden, sie allerdings gleichzeitig auch über beträchtliche Vermögenswerte verfügen, die in dieser Datensammlung nicht erfasst sind.

Am anderen Ende der Skala werden insgesamt geringe Beträge der genannten Verbindlichkeiten in der **Slowakei** (1,3% des BIP), **Litauen** (5,9%), **Rumänien** (7,4%), **Kroatien** (10,4%) und der **Tschechischen Republik** (10,8%) verzeichnet. Die meisten dieser Länder weisen zu vernachlässigende Verbindlichkeiten in Bezug auf Finanzinstitute auf, sogar unter 1%, wie in Litauen (0,1%) und der Slowakei (0,3%).

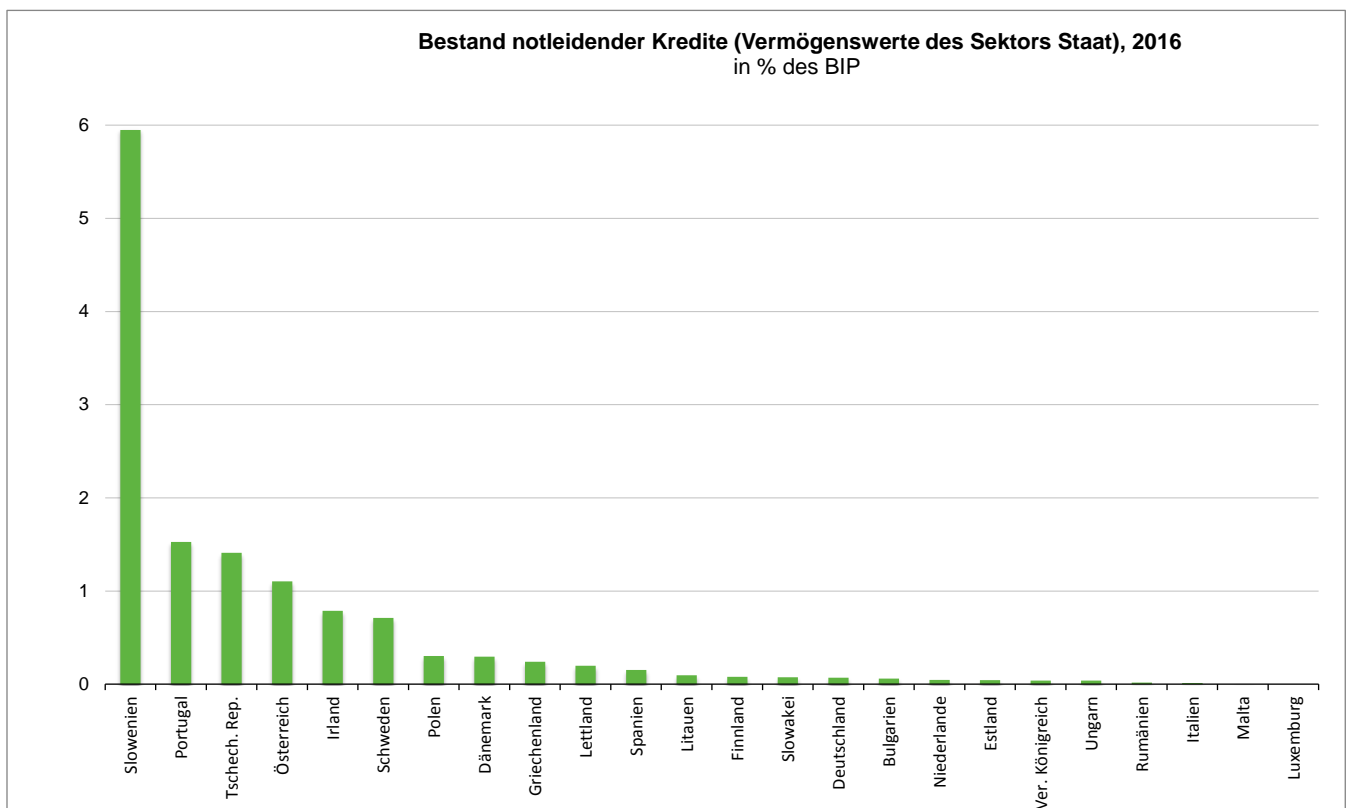
Verbindlichkeiten öffentlich kontrollierter Kapitalgesellschaften, die nicht im Sektor Staat klassifiziert sind, 2016
in % des BIP



Slowenien hält den höchsten Anteil an notleidenden Krediten

Slowenien weist den höchsten Bestand an notleidenden Krediten (Vermögenswerte) des Zentralstaats auf. Er liegt bei 5,9% des BIP und damit vor den drei anderen EU-Mitgliedstaaten, die einen Anteil über 1% verzeichneten: **Portugal** (1,5%), die **Tschechische Republik** (1,4%) und **Österreich** (1,1%). Im Fall von **Slowenien** sowie von **Portugal**, **Österreich** und **Irland** bezieht sich die Mehrzahl der notleidenden Kredite auf Kredite von so genannten *Defeasance Structures*, die im Sektor Staat klassifiziert sind. Im Fall der **Tschechischen Republik** bezieht sich die Zahl in erster Linie auf Kredite nationaler Entwicklungsbanken, die im Sektor Staat klassifiziert sind, und auf zwischenstaatliche Darlehen. Für vier Länder – **Belgien**, **Zypern**, **Kroatien** und **Frankreich** liegen noch keine Daten vor.

Bestand notleidender Kredite (Vermögenswerte des Sektors Staat), 2016
in % des BIP



Die folgende Tabelle enthält Daten für 2016 zu Eventualverbindlichkeiten und notleidenden Krediten für die einzelnen Mitgliedstaaten in Prozent des BIP. In Bezug auf Erfassungsgrad und Vollständigkeit der Daten wurden bei dieser Erhebung große Fortschritte erzielt. Dennoch ist für einige Mitgliedstaaten die Datenerfassung immer noch nicht vollständig, wie aus Anhang 1 hervorgeht. Die Indikatoren werden in Anhang 2 beschrieben. Detaillierte Untergliederungen und Zeitreihen für die Jahre vor 2016 finden sich in der Eurostat-[Datenbank](#).

Methoden und Definitionen

Daten zu Eventualverbindlichkeiten und potenziellen Verpflichtungen des Staatssektors werden von den EU-Mitgliedstaaten im Rahmen des 2011 verabschiedeten Pakets zur verstärkten wirtschaftspolitischen Steuerung (das „Six-Pack“) bereitgestellt. Insbesondere müssen die Mitgliedstaaten gemäß der [Richtlinie 2011/85/EU](#) des Rates über die Anforderungen an die haushaltspolitischen Rahmen der Mitgliedstaaten relevante Informationen über Eventualverbindlichkeiten, die sich erheblich auf die öffentlichen Finanzen auswirken können, darunter Staatsbürgschaften, notleidende Darlehen und Verbindlichkeiten aus der Tätigkeit öffentlicher Körperschaften, einschließlich Angaben zu deren Umfang, veröffentlichen.

Eventualverbindlichkeiten sind nicht Teil des öffentlichen Schuldenstands (Maastricht) gemäß der Definition in der [Verordnung \(EG\) Nr. 479/2009](#) des Rates vom 25. Mai 2009 über die Anwendung des dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft beigefügten Protokolls über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit.

Überarbeitung und Zeitplan

In der Eurostat-[Datenbank](#) finden sich revidierte Daten für die vergangenen Jahre sowie Erläuterungen zu Revisionen bzw. wichtigen Veränderungen zwischen den Daten für 2015 und 2016.

Weitere Informationen

Eurostat-Webseite, [Rubrik](#) Eventualverbindlichkeiten.

Eurostat-[Datenbank](#) zur Finanzstatistik des Sektors Staat. Für einige Mitgliedstaaten sind zudem konsolidierte Daten zu den Verbindlichkeiten öffentlicher Kapitalgesellschaften verfügbar.

Eurostat-[Metadaten](#) zu Eventualverbindlichkeiten und potenziellen Verpflichtungen des Staatssektors.

Herausgeber: **Eurostat-Pressestelle**

Renata PALEN

Tel. +352-4301-33444

eurostat-pressoffice@ec.europa.eu

Erstellung der Daten:

Malgorzata SZCZESNA

Tel. +352-4301-37407

malgorzata.szczesna@ec.europa.eu

Camelia JUTTNER


Tel. +352-4301-38976

camelia.juttner@ec.europa.eu

 [EurostatStatistics](#)

 ec.europa.eu/eurostat/

 [@EU Eurostat](#)

 **Medien-Anfragen:** Eurostat Media Support / Tel: +352-4301-33408 / eurostat-mediasupport@ec.europa.eu

Gesamtbestand an Eventualverbindlichkeiten und notleidenden Krediten des Staatssektors in den EU-Mitgliedstaaten – 2016 (in % des BIP*)

	Garantien des Staatssektors**			Verbindlichkeiten bezüglich ÖPP, die nicht in der Bilanz des Staatssektors enthalten sind	Verbindlichkeiten von Einheiten, die nicht im Sektor Staat klassifiziert sind, aber vom Staatssektor kontrolliert werden***			Notleidende Kredite (Vermögenswerte)
	Einmalige Bürgschaften	Standardisierte Garantien	Gesamt		Einheiten mit finanziellen Aktivitäten	Einheiten mit anderen Aktivitäten	Gesamt	
Belgien	10,3	0,6	10,9	0,1	38,0	13,7	51,7	:
Bulgarien	0,4	0,1	0,5	0,0	5,0	8,1	13,1	0,1
Tschech. Rep.	0,3	0,0	0,3	0,0	0,0	10,7	10,8	1,4
Dänemark	9,9	0,0	9,9	0,2	10,9	18,2	29,1	0,3
Deutschland	14,3	0,0	14,3	0,0	96,4	4,3	100,7	0,1
Estland	0,0	1,5	1,5	0,1	0,2	13,3	13,5	0,0
Irland	1,9	0,0	1,9	0,7	36,4	6,4	42,8	0,8
Griechenland	6,1	0,0	6,1	0,1	136,1	8,1	144,2	0,2
Spanien	7,7	0,0	7,7	0,3	22,7	3,0	25,7	0,2
Frankreich	3,0	2,2	5,2	0,0	42,8	19,2	62,0	:
Kroatien	2,6	0,0	2,6	0,1	5,2	5,2	10,4	:
Italien	1,2	1,2	2,4	0,0	29,3	22,6	51,9	0,0
Zypern	9,1	0,3	9,4	0,8	76,2	13,6	89,8	:
Lettland	0,9	0,5	1,5	0,0	-	20,7	20,7	0,2
Litauen	0,2	0,7	0,9	0,0	0,1	5,8	5,9	0,1
Luxemburg	12,0	0,9	12,9	0,0	74,4	7,1	81,5	0,0
Ungarn	7,9	0,2	8,1	1,7	9,3	5,0	14,3	0,0
Malta	14,1	0,0	14,1	0,1	3,2	16,2	19,4	0,0
Niederlande	3,3	0,4	3,7	0,4	88,3	15,6	103,9	0,0
Österreich	20,5	0,0	20,5	0,1	14,6	13,4	28,0	1,1
Polen	6,5	0,7	7,1	0,0	21,9	12,8	34,7	0,3
Portugal	5,6	0,0	5,6	3,2	62,4	3,9	66,2	1,5
Rumänien	0,4	1,9	2,2	0,0	3,9	3,5	7,4	0,0
Slowenien	9,6	0,0	9,6	0,0	40,1	18,2	58,2	5,9
Slowakei	0,0	0,0	0,0	3,1	0,3	1,0	1,3	0,1
Finnland	27,0	1,1	28,0	0,0	20,5	22,2	42,7	0,1
Schweden	10,5	0,0	10,5	0,0	19,4	24,4	43,8	0,7
Ver. Königreich	8,3	0,1	8,3	1,5	37,6	5,4	42,9	0,0

: Daten nicht verfügbar. – nicht zutreffend

* Für die Berechnung werden BIP-Daten verwendet, die für die Meldung bezüglich des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit im Oktober 2017 übermittelt wurden.

** Daten zu Garantien umfassen nicht: 1) Garantien des Staatssektors, die im Rahmen des Garantiemechanismus gemäß dem Rahmenvertrag der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) vergeben werden; 2) Derivative-Garantien, die die ESVG-2010 Definition von Finanzderivaten erfüllen; 3) Einlagensicherungsgarantien und vergleichbare Systeme; 4) Garantien des Staatssektors, die für Ereignisse vergeben werden, deren Eintreten durch kommerzielle Versicherungen sehr schwierig abzusichern ist (Erdbeben, großräumiges Hochwasser usw.).

*** Nur die Einheiten, deren Verbindlichkeiten 0,01% des BIP überschreiten, sind in die Aggregate des jeweiligen Mitgliedstaates einbezogen.

Anhang 1: Vollständigkeit und Erfassungsbereich

Detallierte länderspezifische Fußnoten finden sich auf der Eurostat-Webseite.

Garantien:

Tschechische Republik: Die Datenerfassung ist nicht vollständig. Daten für Unternehmen des Sektors Staat sind nicht vollständig; alle wesentlichen Einheiten sind jedoch erfasst.

Dänemark: Daten für standardisierte Garantien von Gemeinden sind nicht verfügbar.

Griechenland: Datenerfassung für einmalige Bürgschaften von Gemeinden ist nicht vollständig.

Frankreich: Daten für Gemeinden sind nicht verfügbar.

Ungarn: Daten für Garantien, die der Staat kleinen öffentlichen Kapitalgesellschaften und gemeinnützigen Einrichtungen gewährt hat, sind nicht verfügbar.

Polen: Datenerfassung für standardisierte Garantien von Gemeinden ist nicht vollständig.

Außerbilanzmäßig geführte öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP)

Slowenien und Vereinigtes Königreich: Daten für Gemeinden sind nicht verfügbar, allerdings dürften die Beträge unerheblich sein.

Finnland: Datenerfassung für Gemeinden könnte unvollständig sein.

Verbindlichkeiten öffentlich kontrollierter Kapitalgesellschaften:

Tschechische Republik, Frankreich, Deutschland und Österreich: Die bereitgestellten Daten beziehen sich auf 2015.

Italien, Malta: Die bereitgestellten Daten beziehen sich hauptsächlich auf 2016 und 2015.

Belgien: Die Datenerfassung ist für einige kleinere Einheiten in allen Teilssektoren des Staates nicht ganz vollständig; die Beträge dürften jedoch unerheblich sein.

Griechenland: Die Datenerfassung ist für einige kleinere außerbudgetäre Einheiten sowie für einige kleinere Gemeindeeinheiten nicht ganz vollständig; die Beträge dürften jedoch unerheblich sein.

Frankreich und Irland: Die Datenerfassung ist für Gemeinden nicht ganz vollständig.

Lettland: Es gibt keine Einheiten, die an finanziellen Aktivitäten mit Verbindlichkeiten in Höhe von über 0,01% des BIP beteiligt sind.

Niederlande: Für die Mehrzahl der Einheiten werden die Daten auf der Ebene der Unternehmensgruppe konsolidiert.

Rumänien: Die bereitgestellten Daten sind provisorisch, die möglichen Revisionen dürften jedoch unerheblich sein.

Vereinigtes Königreich: Zum ersten Mal wurden für die meisten nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften nicht konsolidierte Daten bereitgestellt; sie umfassen Verbindlichkeiten für Wohnungsbaugesellschaften in Wales, Schottland und Nordirland.

Deutschland: Ein erheblicher Bestand an Verbindlichkeiten bezieht sich auf Einlagen, die vom Staat kontrollierte Banken hereingenommen haben.

Niederlande und Slowenien: Der erhebliche Betrag an Verbindlichkeiten bezieht sich auf Einlagen öffentlicher Banken, die vom Staat kontrolliert sind.

Notleidende Kredite:

Griechenland: Daten für Sozialversicherungen liegen nicht vor; die Beträge dürften jedoch unerheblich sein.

Spanien: Die Datenerfassung ist für Gemeinden nicht vollständig; die Beträge dürften jedoch unerheblich sein.

Italien: Daten für Gemeinden und Sozialversicherungen sind nicht verfügbar.

Portugal: Die Datenerfassung ist nicht vollständig.

Slowenien: Die Mehrzahl der notleidenden Kredite wurde 2013, 2014 und 2016 von sechs Banken durch eine im Sektor Staat klassifizierte Entschuldungseinrichtung übernommen.

Finnland: Die Datenerfassung ist für den Zentralstaat nicht vollständig. Daten für Gemeinden und Sozialversicherungen sind nicht verfügbar.

Vereinigtes Königreich: Daten für Gemeinden sind nicht verfügbar; die Beträge dürften jedoch unerheblich sein.

Anhang 2: Kurze Beschreibung der Indikatoren

In Artikel 14 Absatz 3 der Richtlinie 2011/85/EU des Rates wird von den Mitgliedstaaten die Veröffentlichung der relevanten Informationen über *Eventualverbindlichkeiten, die sich erheblich auf die öffentlichen Haushalte auswirken können, darunter Staatsbürgschaften, notleidende Darlehen und Verbindlichkeiten aus der Tätigkeit öffentlicher Körperschaften* verlangt. Anleitungen zur Umsetzung werden in der Eurostat-Entscheidung vom 22. Juli 2013 über den Zusatz zum VÜD-Fragebogen über Eventualverbindlichkeiten und potenzielle Verpflichtungen bereitgestellt.

Garantien/Bürgschaften sind Vereinbarungen, in denen sich eine Seite, der Garantiegeber bzw. Bürge, gegenüber einem Gläubiger verpflichtet, ihm den Schaden zu ersetzen, der ihm entsteht, wenn der Schuldner ausfällt. Eine **einmalige Bürgschaft** wird einzeln definiert, und der Garantiegeber kann das Risiko einer Inanspruchnahme nicht zuverlässig schätzen. Einmalige Bürgschaften sind an Schuldverschreibungen (z. B. Darlehen, Anleihen) gebunden. Die Daten beziehen sich auf den Gesamtbestand an Garantien/Bürgschaften durch staatliche Einheiten. **Standardisierte Garantien** werden in großer Zahl und in der Regel für kleinere Beträge zu gleichen Bedingungen gewährt. Obwohl der Grad der Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme einer Standardgarantie nicht bekannt ist, erlaubt der Umstand, dass es viele gleichartige Garantien gibt, eine Schätzung, wie viele der Garantien in Anspruch genommen werden. Beispiele hierfür sind Bürgschaften für Hypothekarkredite oder Darlehen an Studierende. Die Daten beziehen sich auf den Gesamtbestand an Vermögenswerten, die durch standardisierte Garantien abgedeckt sind. Während die Bereitstellung standardisierter Garantien als tatsächliche Verbindlichkeit betrachtet wird, gilt der Gesamtbestand der durch Standardgarantien abgedeckten Vermögenswerte als Eventualverbindlichkeit.

Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) sind komplexe, langfristige Verträge zwischen zwei Einheiten, wobei eine Einheit in der Regel eine Kapitalgesellschaft oder eine Gruppe von Kapitalgesellschaften, privat oder öffentlich, (als Betreiber oder Partner bezeichnet) ist, und die andere Einheit in der Regel eine staatliche Einheit (Lizenzgeberin). Eine ÖPP beinhaltet eine erhebliche Kapitalausgabe zur Schaffung oder Renovierung von Anlagegütern durch die Kapitalgesellschaft, welche diese Anlagen anschließend betreibt und verwaltet, um Dienstleistungen entweder für die staatliche Einheit oder für die Allgemeinheit im Auftrag der staatlichen Einheit zu produzieren und zu liefern. Der Ausdruck außerbilanzmäßig geführte öffentlich-private Partnerschaften bedeutet, dass Vermögenswerte nicht als wirtschaftliches Eigentum des Staates ausgewiesen werden und dass Bruttoanlageinvestitionen zum Zeitpunkt der Entstehung nicht als Staatsausgaben ausgewiesen werden. **Der Gesamtbestand an ausstehenden Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit außerbilanzmäßig geführten ÖPP** wird als angepasster Kapitalwert ausgedrückt. Dabei handelt es sich um einen im Vertrag festgelegten Ausgangskapitalwert, der nach und nach um den Betrag der „wirtschaftlichen Abschreibungen“ gemindert wird, die auf Grundlage von geschätzten bzw. tatsächlichen Daten berechnet werden. Der angepasste Kapitalwert spiegelt den aktuellen Wert der Vermögenswerte zum Berichtszeitpunkt wider. Der Betrag soll die Bruttoanlageinvestitionen und die Auswirkung auf die Verschuldung widerspiegeln, falls der betroffene Staat während der Laufzeit des Vertrags die Vermögenswerte übernehmen muss.

Verbindlichkeiten von Einheiten, die nicht im Sektor Staat klassifiziert sind, aber vom Staatssektor kontrolliert werden (öffentlich kontrollierte Kapitalgesellschaften) werden als der am Jahresende ausgewiesene Bestand an Verbindlichkeiten basierend auf der betrieblichen Buchführung dieser Gesellschaften bezeichnet und von den Mitgliedstaaten entweder als laufende Verbindlichkeiten oder als Verbindlichkeiten nach den Maastricht-Kriterien erfasst. Aufgrund ihres Verhaltens als Marktproduzenten werden diese vom Staat kontrollierten Einheiten nicht im Sektor Staat klassifiziert. Um ein besseres Bild vom Umfang der Verbindlichkeiten abhängig von den Aktivitäten im jeweiligen Sektor zu gewinnen, werden diese Verbindlichkeiten in Verbindlichkeiten von Einheiten mit finanziellen Aktivitäten und Verbindlichkeiten von Einheiten mit anderen Aktivitäten unterteilt. Einheiten mit finanziellen Aktivitäten umfassen Einheiten klassifiziert nach der NACE Rev. 2 Abteilung 64: „Erbringung von Finanzdienstleistungen“ ausgenommen Klasse 64.11 „Zentralbanken“; nach Abteilung 65: „Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)“ und nach Abteilung 66: „Mit den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen verbundene Aktivitäten“. Einheiten mit anderen Aktivitäten beziehen sich auf Einheiten, die alle übrigen Aktivitäten ausführen.

Notleidende Kredite (Vermögenswerte des Staates): Ein Kredit wird als notleidend bezeichnet, wenn für Zins- oder Tilgungszahlungen der Fälligkeitstermin seit mindestens 90 Tagen verstrichen ist oder wenn Zinszahlungen,

die seit mindestens 90 Tagen fällig sind, aufgrund einer Vereinbarung kapitalisiert, refinanziert oder verschoben wurden oder wenn Zahlungen seit weniger als 90 Tagen überfällig sind, jedoch andere gute Gründe (z. B. der Konkursantrag eines Schuldners) bezweifeln lassen, dass die Zahlungen vollständig geleistet werden. Daten werden zum Nominalwert gemeldet.

Es ist zu betonen, dass die genannten Indikatoren heterogen sind und unterschiedliche potenzielle Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen haben. Außerdem kann sich dasselbe fiskalische Risiko in einigen Fällen in zwei oder mehr Indikatoren widerspiegeln. Wenn der Staat beispielsweise für die Verbindlichkeit einer vom Staat kontrollierten Einheit, die nicht im Sektor Staat klassifiziert ist, haftet, werden die potenziellen Risiken sowohl durch die Daten für „Garantien“ als auch für „Verbindlichkeiten von Einheiten, die nicht im Sektor Staat klassifiziert sind, aber vom Staatssektor kontrolliert werden“ dargestellt. Deshalb könnte die Bewertung des Gesamtrisikos für die öffentlichen Finanzen durch eine Zusammenfassung der Indikatoren zu einer Überschätzung der potenziellen Auswirkungen führen.